ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Wiener Landesvorstand*

Tagesordnungspunkt: *0.16.1. Leitantrag des Landesvorstandes*

LA: Eine nachhaltige Stadt für eine freie Zukunft

Antragstext

In Anbetracht der globalen Herausforderungen der Klimakrise und des dringenden Bedarfs an Umsetzung der nachhaltigen Lösungen ist es höchst an der Zeit, dass die Stadt Wien wegweisende Schritte in Richtung Klimaneutralität unternimmt.

Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen auch Menschen in Wien. Hitzetage nehmen zu, im Sommer 2018 gab es mit 42 Hitzetagen doppelt so viele Tage mit Temperaturen über 30 Grad Celsius als im langjährigen Mittel.[1] Wir erleben hohe Temperaturen und Trockenheit, die unsere Lebensumstände beeinträchtigen. Die Klimakrise nähert sich gefährlichen Kipppunkten und die zusätzlichen Grad Erwärmung werden die Lebensbedingungen für Menschen auf der Erde stark beeinträchtigen. Werden keine Maßnahmen getroffen, werden Wiener:innen in Zukunft eine Vielzahl von Krisen durchleben müssen; sie werden in ihrer Selbstverwirklichung eingeschränkter sein und auch ihre Freiheit einbüßen. Es liegt in der Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, diese zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels zu ergreifen. Nur durch aktiven Klimaschutz können wir eine nachhaltige Zukunft gestalten, in der wir frei von den verheerendsten Auswirkungen des Klimawandels sind und gleichzeitig die Freiheit haben, unser volles Potenzial auszuschöpfen und ein glückliches Leben führen zu können.

Leider haben die bisherigen Wiener Stadtregierungen viel zu lange geschlafen. Seit den 1970er Jahren ist das Phänomen des menschgemachten Klimawandels bekannt. Statt eine umfassende Transformation einzuleiten und das Wachstum der Stadt für eine nachhaltige Entwicklung zu nützen, hat Wien weiterhin auf fossile Energien gesetzt. Auch heute werden Diskussionen über Großstraßenstraßenprojekte nicht multiperspektivisch geführt, sondern nach wie vor legen viele politische Entscheidungsträger:innen den Fokus auf das Auto. Die Zeit für den Kampf gegen den Klimawandel wurde verschwendet. Auch heute noch besteht eine unzureichende Bereitschaft für einen strukturellen und politischen Wandel.

Mit dem Wiener Klimafahrplan bis 2040 hat sich die Stadt die notwendigen ambitionierten Ziele in Richtung Klimaneutralität gesetzt. Einige dieser Ziele werden mit den bisherigen Maßnahmen jedoch nicht innerhalb des festgelegten Zeitrahmens erreicht werden können. Die Sanierungsquote ist zu gering, das Tempo des Rückbaus von Gasheizungen zu langsam und im Bereich der Mobilität ist Wien noch viel zu vergangenheitsorientiert unterwegs. Es fehlt der Mut zum flächendeckenden Umbau hin zu einer Stadt, wo Menschen und ihre aktive Mobilität Vorrang haben. Als JUNOS Wien wollen wir auf diese Probleme aufmerksam machen und uns nicht mit oberflächlichen Ausreden zufriedengeben.

Wir sehen in Wien das Potenzial, zu einer Vorreiterstadt im Klimaschutz zu werden. Doch bis dahin bedarf es umfassenderen Maßnahmen, die schnellstmöglich umgesetzt werden müssen. Die Zeit ist knapp - wir müssen sie aktiv und klug nutzen. Mit diesem Antrag wollen wir JUNOS Wien generationengerechte und freiheitssichernde Positionen zur Klimakrise in Wien einnehmen. Gemeinsam können wir eine nachhaltige Stadt für eine freie Zukunft aufbauen, in der unsere Umwelt geschützt ist, Lebensqualität gewährleistet wird und individuelle Freiheiten respektiert werden.

Energie

Die Stadt Wien bezieht derzeit zu 47% ihrer Energie aus Gas.[2] Die Wien Energie betreibt große Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung, um die Menschen in Wien mit Strom und Fernwärme zu versorgen. Der Ausstieg aus fossilen Heizsystemen ist ein zentraler Baustein für die Klimaneutralität 2040.[3]

JUNOS Wien fordert die nachhaltige Transformation der Wiener Strom- und Wärmeversorgung. Wir erachten die damit verbundenen Investitionen als notwendig und sehen darin eine Chance für die Stadt Wien, unabhängiger von Energieimporten zu werden, neue Technologien und deren Zusammenspiel zu erproben und zu skalieren.

Grünes Gas

Erdgas künftig durch erneuerbares Gas zu ersetzen – das ist die Hoffnung vieler Parteien und Unternehmer:innen. Der Begriff erneuerbares Gas bzw. Grüngas subsumiert hierbei a) Biogas, b) Wasserstoff aus Grünstrom und c) aus grünem Wasserstoff erzeugtes Methan. Der Einsatz von grünem Gas ist aufgrund mangelnder Verfügbarkeit nur sehr eingeschränkt möglich.

JUNOS Wien erkennt daher an, dass grünes Gas nicht die Lösung für alle Probleme sein kann.

Geothermie

Durch die glückliche Lage der Stadt Wien über einem Thermalwasservorkommen und die Anwendung von Tiefengeothermie, können bis 2030 bis zu 125.000 Wiener Haushalte mit Fernwärme versorgt werden.[4] Geothermie hat auch seine Anwendungsbereiche in der Wärmeversorgung von einzelnen Gebäuden bis zu ganzen Wohnblöcken. Sie hilft dabei das Fernwärmenetz zu entlasten und leistet einen Beitrag für eine klimaneutrale Stadt. **Wir JUNOS Wien sehen Geothermie als einer der Grundelemente an, um in der Wärmeversorgung klimaneutral zu werden.**

Müllverbrennung

Trotz des stetigen Bevölkerungswachstums sehen wir die Gewinnung von Wärme aus Müll eingeschränkt. Durch Müllvermeidung und höhere Recylinggrade wird in Zukunft weniger Müll anfallen und dadurch wird die Gewinnung von Wärme zurückgehen und einen geringeren Beitrag leisten. **Deshalb sieht JUNOS Wien, wie auch der Klimafahrplan der Stadt Wien, von einem Ausbau von Müllverbrennungsanlagen ab.**

Abwärme dort, wo es geht und Innovation nicht verhindert

Die Nutzung von Abwärme hat neben dem Vorteil, der Verminderung der Energieverschwendung, das Problem, dass sie sich von Abwärmeprozessen abhängig macht und dadurch eine Optimierung der Energieeffizienz des primären Produktionsprozesses, welcher die Abwärme als Nebenprodukt generiert, verhindert bzw. verlangsamt. J**UNOS Wien setzt sich deshalb für die Nutzung von Abwärme ein, wenn dessen Nutzung sich als ökonomisch rentabel darstellt und dadurch keine Investitionen, in die Optimierungen der Energieeffizienz in der Abwärme produzierenden Prozess verhindert.**

Fernwärme

Die Versorgung mit Fernwärme in dichteren Siedlungsgebieten ist einer der effizientesten Methoden, um Wärme zu verteilen. Heute wird Fernwärme großteils durch Erdgas erzeugt; künftig wird die Erzeugung der Wärme durch andere Verfahren, wie Geothermie, ersetzt und dadurch klimafreundlicher werden. Hingegen ist beim Wechsel von Gasheizungen ein Umbau notwendig. Der Ausbau von Fernwärmenetzen in Städten ist relativ alternativlos, da viele Gebäude sich selbst nicht mit ausreichend viel Wärmeenergie versorgen können. Wir sehen den Fernwärmeausbau besonders in der Bestandsstadt für notwendig an, denn neue Stadtquartiere können heutzutage nahezu klimaneutral (auch in Bezug auf Wärme) gebaut werden können.

JUNOS Wien bekennt sich deshalb zu dem weiteren Ausbau von Fernwärme, wo keine effizienteren Maßnahmen umsetzbar sind, und einer zügigen Dekarbonisierung dieser.

Metropolweite Wärme, Grenzen ziehen wo es Sinn macht

Urbane Siedlungsstrukturen machen schon lange nicht mehr an der Stadtgrenze halt. Oft verschwimmt die Grenze zwischen Wien und den Umlandgemeinden so sehr, dass man gar nicht mehr erkennen kann, wo Wien endet, und eine Umlandgemeinde beginnt. Hier macht es Sinn die Wärmeversorgung metropolweit zu denken, zu planen und dadurch Synergieeffekte zu erzielen. **Ein Zusammenschluss der Fernwärmenetze in der Metropolregion Wien erachten wir JUNOS Wien als sinnvoll, wenn die Netze kompatibel sind und es ökonomisch zweckmäßig ist.** Die beiden Energielandesgesellschaften Wiener Energie & EVN sollen einer möglichen Fusion der Netze nicht im Wege stehen, sondern dies ermöglichen und unterstützen. Zudem könnte in Zukunft die Thermenregion im Wiener Becken gemeinsam leichter mit Geothermie erschlossen und genutzt werden.

Fernkälte

Im Zuge des Fernwärmeausbaus **soll für die Gegenden, die eine Fernkälteversorgung in Anspruch nehmen würden** bzw. es in Zukunft wahrscheinlich ist, dass eine nachgefragt werden wird, **auch diese Infrastruktur geschaffen werden.** Bespiele, die sich für eine solche Versorgung eignen sind größere Bürokomplexe und Krankenhäuser.

Forcierung dezentraler Energieversorgung

Das Projekt “SMART Block Geblergasse”, Staatspreisträger für Architektur und Nachhaltigkeit 2021, zeigt vor wie eine dezentrale Energieversorgung auch in der Bestandsstadt funktionieren kann. Im Rahmen einer umfassenden Sockelsanierung von zwei Gebäuden wurde erstmals im historischen Bestandsbau Geothermie eingesetzt. Die Erdwärme-Anlage lässt jederzeit einen Ausbau zu, sodass das technische Versorgungskonzept in Zukunft zu einem Anergienetz für den gesamten Straßenblock ausgebaut werden kann. [5] Durch die Initiative von Privaten kann Energieversorgung auch dezentral erfolgen. Der Ausbau eines solchen Netzes ist jedoch mit vielen Hürden verbunden, weswegen wir **JUNOS Wien eine Unterstützung der Stadt für die Entstehung und Entwicklung von dezentrale Energienetze fordern.** Eine Potentialanalyse ist notwendig, um die Möglichkeiten auszuloten, und die Stadt sollte proaktiv auf Wohnhauseigentümer:innen zugehen, um sie bei der Planung und Umsetzung zu unterstützen. Dies wird nicht nur die Netze der öffentlichen Hand entlasten, sondern auch eine vielfältigere und nachhaltigere

Energieversorgung ermöglichen.

Umstieg von Heizsystemen

Der Umstieg der Heizsysteme in Wien ist einer der größten Herausforderungen, denn 2020 haben rund 900.000 Wohnungen Gas als primärer Heizträger verwendet. [6] All diese Haushalte bis 2040 mit einem anderen Heizsystem auszustatten ist eine Mammutaufgabe, bei der sowohl Mieter als auch Vermieter mitspielen müssen.Um möglichst rasch eine Dekarbonisierung des Wärmesektors zu erreichen, **fordern wir JUNOS Wien bürokratische Erleichterungen und Anreize für den Wechsel auf ein erneuerbares Heizsystem vor Ort und den Umstieg auf Fernwärme.**

Klimasanierungen

Seit längerem ist die thermische Sanierungsquote im Gebäuebestand viel zu niedrig [7] und liegt weit entfernt von einem ernsthaften Ziel, den Energieverbrauch zu reduzieren und den Klimawandel einzudämmen. Es besteht aber die Notwendigkeit einer höheren energetischen und ökologischen Modernisierungsrate, um die Energiewende voranzutreiben. Die aktuelle Situation erfordert gezielte Maßnahmen seitens der Stadt Wien, um die Sanierungsquote zu erhöhen und den Fokus verstärkt auf Klimasanierungen im Gebäudebestand zu legen. Eine Vielzahl der Gebäude in Wien ist auch im Eigentum der Stadt Wien, wie Schulen und Gemeindebauten. Für diese Gebäude soll die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und diese mit Klimasanierungen fit für die Klimawende machen.

Angesichts dieser Erkenntnisse **fordert JUNOS Wien, dass bei Sanierungen und Umbauten von im Eigentum stehenden Gebäuden der Stadt Wien automatisch eine Klimasanierung durchgeführt wird und diese für Private zu erleichtern und attraktiveren.** Dies würde dazu beitragen, die Energieeffizienz der Gebäude zu steigern und einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Wir verweisen hier auch auf unsere Forderung, die zur Attraktivierung von Klimasanierungen beiträgt, aus dem Beschluss “Zukunft neu bauen! Unsere Bauanleitung für nachhaltig günstiges Wohnen.”: **Vorerst sollen zumindest Vermieter_innen, die die eigenen Mietwohnungen auf ein klimaneutrales Niveau heben (Stichwort: Nullenergiehaus), nicht mehr dem Richtwertmietzins unterliegen.**

EWG – endlich beschließen

Seit mehr als einem Jahr wird das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, welches den Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen regeln soll, im Nationalrat nicht verabschiedet.[8] Für

den Fall, dass das Gesetzesvorhaben scheitert, **fordert JUNOS Wien bereits jetzt die Finalisierung und den Beschluss von Gesetzen zu Raus aus Gas im Gebäudebestand in Wien.**

Strom

Der elektrische Strombedarf von Wien wird nicht durch die Generierung auf der Fläche von Wien selbst gedeckt und wird eine annähernde Deckung, wenn überhaupt, voraussichtlich erst in mehreren Jahrzehnten erreichen können. Folglich **erkennen wir JUNOS Wien an und setzen uns dafür ein, dass im weitergefassten Umland von Wien Infrastruktur für die Bereitstellung des Strombedarfs der Region errichtet und betrieben wird.** Wien soll verstärkt aus Eigeninitiative den Austausch mit den umliegenden Bundesländern suchen, um die Ermöglichung und Realisierung von erneuerbaren Energiequellen zu erwirken.

Solar/Photovoltaik-Ausbau

Um mit gutem Beispiel als Stadt vorranzugehen, sollen die öffentlichen Gebäude und die Gemeindebauten der Stadt Wien mit Solaranlagen ausgerüstet werden. Versiegelte Flächen, wie Parkplätze, sollen mit PV-Anlagen überdacht werden, wenn es dadurch zu keinen oder nur geringfügigen Nutzungskonflikten kommt. **Wir JUNOS Wien fordern den PV-Ausbau zu erleichtern und zu entbürokratisieren.**

Stromnetze

Durch die Elektrifizierung diverser Bereiche und der zunehmenden Digitalisierung nimmt der Strombedarf stark zu, was den Bedarf einer höheren Netzkapazität zur Folge hat. Besonders ein stark treibender Faktor ist der Umstieg vom Verbrennungsmotor auf E-Mobilität.[9] Um dem steigenden Strombedarf decken zu können **befürworten wir als JUNOS Wien den massiven Ausbau des Stromnetzes in Wien**, um eine zuverlässige Energieversorgung gewährleisten zu können, und die miteinhergehenden Investitionen der öffentlichen Hand.

Energieeinsparung der Stadt Wien

Durch die Umstellung auf Wärmepumpen und thermische Sanierung kann Wien viel Energie einsparen. Doch da jede vermiedene Kilowattstunde Energie private und öffentliche Kosten spart, sollten alle Potenziale zur Reduktion des Energieverbrauchs penibel ausfindig gemacht und genutzt werden.

Wir JUNOS Wien sprechen uns für regelmäßige Energie Audits für die Stadt Wien

und ihre Betriebe aus. Diese sollen zu Energieeinsparungen führen und müssen auch veröffentlicht werden, damit es auch für den/die Bürger:in ersichtlich ist wie energieeffizient beispielweise die eigene Schule ist.

Mobilität

Klimawende bedeutet auch Verkehrswende!

Wien hat, mit Ausnahme des öffentlichen Verkehrs, bis jetzt wenig für die Mobilitätswende geleistet. Die Planungsdoktrin von Wien ist noch immer stark an dem motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Dies macht sich nicht nur durch die aktive Planung von Straßenprojekten für das Auto bemerkbar, bei denen es fraglich ist ob dies in dieser Dimensionierung in 20 Jahren überhaupt noch notwendig sind, sondern auch an der Beibehaltung von Gesetzen, die den MIV begünstigen, wie zum Beispiel die Stellplatzverpflichtung im Wohnbau.
Die Verkehrswende ist der Sektor, bei dem in Wien noch am wenigsten passiert ist und dadurch ist es aber auch der Bereich wo die Stadt Wien viel für die nächsten Generationen herausholen muss.

Der Mobilitätsbedürfnisse mit dem MIV zu befriedigen, mag, oberflächlich betrachtet, bequem für die Nutzenden erscheinen, aber diese verlieren dadurch Lebensqualität und es ist auch einer der gering energieeffizienten Formen der Mobilität. Schlechte Energieumwandlungsprozesse, niedrige Besetzungsgrade, ineffiziente Fahr- und Beschleunigungsvorgänge machen den MIV in der Stadt zu keinem Mobilitätsangebot der Zukunft, dass ausgebaut und gefördert gehört.

Das richtige Tempo für die Stadt

Eine Temporeduktion auf 30 km/h ist ein leicht umzusetzender und effektiver Schritt, um den Energiebedarf zu senken. Dies gilt für Verbrenner und Elektroautos gleichermaßen. Neben den positiven Effekten auf die Reduktion der Treibhausgase führt Tempo 30 zu einer drastischen Verringerung der Unfallgefahr und der Zahl der Verkehrstoten.[10] Darüber hinaus bringt eine geringere Geschwindigkeit in der Stadt weitere Vorteile wie beispielsweise weniger Lärm, weniger Feinstaub und eine geringere Belastung der Menschen durch Stickoxide. Eine Temporeduktion fördert zudem den Einsatz von alternativen Verkehrsmitteln wie öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrrädern, da der Geschwindigkeitsunterschied zum Auto geringer wird und die Attraktivität dieser Alternativen steigt.[11]

Busse und Straßenbahnen verlieren bei Tempo 30 oft nur wenige Sekunden pro Strecke, da sie zwischen den dicht angeordneten Haltestellen bereits heute nur

selten auf hohe Geschwindigkeiten beschleunigen.

JUNOS Wien fordert die Senkung der Regelgeschwindigkeit im Stadtgebiet auf 30 km/h. Auf Haupt- und Hochleistungsstraßen, die wenig Konfliktpotenzial mit anderen Mobilitätsteilnehmer:innen haben, **sprechen sich JUNOS Wien für eine Beibehaltung von Tempo 50 aus.**

Parkplätzen im öffentlichen Raum

Neben der Reduktion des aktiven MIVs ist auch das Parken im öffentlichen Raum, durch politische Maßnahmen wichtig zu thematisieren. Bei der Abkehr von dem MIV werden Infrastrukturen für andere Mobilitätsformen (Fahrrad, Straßenbahn, ...) notwendig. Diese werden den durch die Reduktion der Stellplätze freiwerdenden Straßenraum benötigen. Weniger Stellplätze führen zu einer Steigerung der Aufenthaltsqualität. Der Straßenraum kann neu verteilt werden. Asphaltflächen können entsiegelt und begrünt werden. Das verhindert die Bildung von Hitzeinseln. **Wir JUNOS Wien fordern daher die konsequente Reduktion von Stellplätzen für PKWs im öffentlichen Raum.**

Parkometerabgabe (Parkpickerl)

Die Parkometerabgabe beträgt in allen Bezirken Wiens einheitlich 10 Euro pro Monat. [12] Wir erachten die derzeitige Höhe der Abgabe für die ca. 10 m² öffentlicher Raum verstellt wird als so gering, dass sie unserer Meinung nach eine versteckte Subvention des motorisierten Individualverkehrs ist. **Diese absurde Subvention lehnen wir JUNOS Wien ab und fordern für die Nutzung des öffentlichen Raums eine höhere und angemessene Abgabe.**

Stadtplanung nicht mehr auf das Auto ausrichten

Das Konzept der autogerechten Stadt muss in Wien endlich der Vergangenheit angehören. Regularien wie die Stellplatzverpflichtung zwingen die Bauherren im Wohnbau PKW-Stellplätze zu schaffen, obwohl der Anteil der Personen mit PKW in Wien abnimmt.[13]**Wir verweisen hier auf unsere Forderung "Abschaffung der Stellplatzverpflichtung"** im Beschluss "Liberale Wohnbaupolitik statt sozialistischer Träumerei".

Elektromobilität

JUNOS Wien unterstützt die Abkehr vom Verbrennungsmotor hin zur Elektromobilität und anderen alternativen Formen der Fortbewegung. Wir sehen die Elektromobilität

als eine Chance, um die CO2-Emissionen zu reduzieren, die Luftqualität zu verbessern und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Dafür muss jedoch der Ausbau von Ladeinfrastruktur und die Verkehrsplanung mit nachhaltigen Verkehrskonzepten vorangehen.

Carsharing: ein Auto zu teilen ist besser als zwei zu besitzen.

Die meiste Zeit sind Autos abgestellt und werden nicht ausreichend genutzt, um ressourceneffizient/effektiv zu sein. Um einer möglichst effizienten Nutzung unserer Ressourcen näher zu kommen, **stehen wir Regelungen, die die gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen erleichtern, positiv gegenüber.** Zusätzliche Bürokratisierung und Verhinderung von Car-Sharing Optionen lehnen wir ab und halten es für einen Schritt in die falsche Richtung!

Lobautunnel

Wir JUNOS Wien sind gegen die geplante Donauquerung in Form des Lobautunnels. Wir unterstützen jedoch die Idee einer weiteren Donauquerung für den Südosten Wiens, allerdings nicht für den motorisierten Individualverkehr, sondern für den Umweltverbund. Das Ziel ist, durch eine Reduktion des motorisieren Verkehrsaufkommens die Tangente zu entlasten. MIV sollte auf öffentliche Verkehrsmittel und nichtmotorisierten Individualverkehr verlagert werden. Lieferverkehr wird durch die Optimierung von Transportketten und zusätzliche Maßnahmen der Stadt Wien sinken. Wenn Bund und Stadt Wien die notwendigen Maßnahmen gegen die Erderhitzung konsequent umsetzen, ist der Bau einer zusätzlichen Donauquerung für motorisierte Fahrzeuge aus Sicht der JUNOS Wien nicht notwendig. Projekte wie der Lobautunnel bergen das Risiko gestrandeter Investitionen in Milliardenhöhe.

Wege zwischen Außenbezirken und Zentrum ins Lot bringen

Um die Verkehrsbelastung zwischen den Außenbezirken und Zentrum in Wien zu reduzieren, ist es wichtig, eine ausgewogene Entwicklung der Stadtteile voranzutreiben. Da das Bevölkerungswachstum vor allem in den Außenbezirken stattfindet, müssen auch dort Arbeitsplätze geschaffen werden, um lange Pendelwege ins Zentrum zu vermeiden. Durch die Förderung von polizentralen Strukturen in den Außenbezirken können nicht nur die Arbeitswege der Bewohner:innen verkürzt werden, sondern es besteht auch die Möglichkeit, die Infrastruktur wie Straßen, S- und U-Bahnen effizienter zu nutzen, da sich die Verkehrsströme besser verteilen.

JUNOS Wien setzt sich daher für eine polyzentrische Entwicklung von Zentren in

den Außenbezirken ein, um die Notwendigkeit der Donauquerung und die damit verbundene Verkehrsnachfrage zu reduzieren.

Den Mobilitäts-Ausbau in den Außenbezirken endlich starten

Für die stark wachsenden Bezirke Wiens wurden bisher abseits des U-Bahnausbaus viel zu wenige Maßnahmen ergriffen. Dadurch vergeben wir eine historische Chance in der Stadtplanung, Stadtstrukturen weniger abhängig vom Auto zu gestalten und klimaneutrale Stadtteile zu schaffen. Insbesondere die Querverbindungen innerhalb der Außenbezirke sind unzureichend und erschweren die Wege für die Bewohner:innen. Es fehlt nicht nur an einem ausreichenden öffentlichen Verkehrsangebot, sondern auch an geeigneten Radwegen. Dies führt dazu, dass die Außenbezirke weiterhin stark vom motorisierten Individualverkehr dominiert sind. Um die Autoabhängigkeit der Stadtstrukturen zu verringern, ist es dringend erforderlich, ein vielfältiges und alternatives Mobilitätsangebot zu schaffen.

Wir JUNOS Wien fordern daher einen deutlich stärkeren Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Radweginfrastruktur, insbesondere der Querverbindungen, in den Außenbezirken. Denn nur so können wir eine nachhaltige und zukunftsorientierte Mobilität gewährleisten und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

Ausbau des nichtmotorisierten Individualverkehrs (NMIV)

Wir JUNOS Wien bekennen uns entschieden zum Ausbau des nichtmotorisierten Individualverkehrs (NMIV) und setzen uns dafür ein, das Angebot für Fahrradfahren und Gehen zu Fuß zu erweitern. Wir sind überzeugt, dass der NMIV eine nachhaltige und gesunde Alternative zum motorisierten Verkehr darstellt und dazu beiträgt. Durch den Ausbau von sicheren Radwegen, Fußwegen und der Schaffung entsprechender Infrastruktur schaffen wir attraktive Möglichkeiten für eine umweltfreundliche und gesunde Mobilität für alle Bürger:innen.

Wir JUNOS Wien setzen uns für den Bau von hochwertigen Radwegen ein, die es den Menschen ermöglichen, bequem und sicher mit dem Fahrrad zu fahren. Dies umfasst die Schaffung von Fahrradstraßen, die Einrichtung von Fahrradabstellanlagen sowie die Verbesserung der Verknüpfung von Radwegen mit anderen Verkehrsträgern.

Wir wollen sichere und attraktive Gehwege schaffen, die zum Flanieren und zur Fortbewegung zu Fuß einladen. Dies beinhaltet breitere Gehwege, barrierefreie Übergänge und eine verbesserte Fußgängerinfrastruktur an Knotenpunkten.

Nachhaltige Fahrzeugflotten der öffentlichen Hand

Wie auch dem Klimafahrplan der Stadt Wien enthalten, **bekennen** auch **wir JUNOS Wien uns zum Einsatz von nachhaltigen Fahrzeugflotten der öffentlichen Hand.** Des Weiteren **fordern wir, dass in Vergabeverfahren** der Stadt Wien oder Unternehmen der Stadt Wien **die Nachhaltigkeit der angebotenen Fahrzeuge ein maßgebliches Mindest- oder Bewertungskriterium darstellt**, sofern dies nicht aus technischen oder gravierenden wirtschaftlichen Gründen unmöglich ist (z.B. Feuerwehr).

Güterverkehr in der Stadt

Wir bekennen uns dazu, dass der Gütertransport in der Stadt nachhaltiger gestaltet werden soll. Wir sind der Überzeugung, dass umweltfreundliche und effiziente Lösungen für den Warenverkehr erforderlich sind, um die Belastungen durch Emissionen und Verkehrsaufkommen zu reduzieren.

CityMaut

Wir JUNOS Wien erachten eine CityMaut nicht für grundfalsch, aber halten sie **für keine nachhaltige und zielführende Maßnahme**, um den MIV in der Stadt zu reduzieren, da eine Durchführung einer solchen aufwendig und teuer ist, nicht ganzheitlich das motorisierte Verkehrsaufkommen reduziert und der Effekt einer solchen CityMaut, wahrscheinlich, wenn überhaupt, nur gering seien wird und man stattdessen die Ressourcen für stärker wirkende Maßnahmen fokussieren sollte.

[1]https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2151323-In-der-Hitze-der-Stadt.html#:~:text=Auch%20Wien%20heizt%20sich%20von,mehr%20unter%2020%20Grad%20

[2] http://ma20.23degrees.io/#/sankey/00

[3] https://positionen.wienenergie.at/grafiken/heizsysteme-in-oesterreich/

[4]https://www.geotiefwien.at/aktuelles/3d-modell-des-wiener-untergrunds-praesentiert

[5] https://www.klimaaktiv.at/bauen-sanieren/staatspreis/Preistr%C3%A4ger-2021/Geblergasse.html

[6] https://www.wienerzeitung.at/themen/energiewende/2131874-Die-letzten-Tage-der-Therme.html

[7] https://www.ibo.at/wissensverbreitung/ibomagazin-online/ibo-magazin-

artikel/data/entwicklungen-in-der-thermischen-sanierung

[8] https://www.meinbezirk.at/c-politik/gesetz-liegt-am-tisch-aber-nichts-tut-sich_a6034767

[9] https://positionen.wienenergie.at/grafiken/endenergiebedarf-wien-bis-2040/

[10] https://vcoe.at/publikationen/vcoe-factsheets/detail/tempo-30-fuer-mehr-lebensqualitaet-umsetzen

[11]https://www.tuwien.at/tu-wien/aktuelles/news/news/30-80-100-geschwindigkeit-senken-lebensqualitaet-erhoehen

[12]
https://www.wien.gv.at/amtshelfer/verkehr/parken/kurzparkzone/parkpickerl.html

[13]https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-im-vorjahr-hat-erstmals-in-allen-bundeslaendern-zahl-der-pkw-pro-1-000-einwohner-abgenommen

ANTRAG

Gremium: *Landeskongress Wien*

Beschlussdatum: *01.07.2023*

Tagesordnungspunkt: *0.16.1. Leitantrag des Landesvorstandes*

LANEU: Eine nachhaltige Stadt für eine freie Zukunft

Antragstext

In Anbetracht der globalen Herausforderungen der Klimakrise und des dringenden Bedarfs an Umsetzung der nachhaltigen Lösungen ist es höchst an der Zeit, dass die Stadt Wien wegweisende Schritte in Richtung Klimaneutralität unternimmt.

Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen auch Menschen in Wien. Hitzetage nehmen zu, im Sommer 2018 gab es mit 42 Hitzetagen doppelt so viele Tage mit Temperaturen über 30 Grad Celsius als im langjährigen Mittel.[1] Wir erleben hohe Temperaturen und Trockenheit, die unsere Lebensumstände beeinträchtigen. Die Klimakrise nähert sich gefährlichen Kipppunkten und die zusätzlichen Grad Erwärmung werden die Lebensbedingungen für Menschen auf der Erde stark beeinträchtigen. Werden keine Maßnahmen getroffen, werden Wiener:innen in Zukunft eine Vielzahl von Krisen durchleben müssen; sie werden in ihrer Selbstverwirklichung eingeschränkter sein und auch ihre Freiheit einbüßen. Es liegt in der Verantwortung von Politik und Gesellschaft, diese zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels zu ergreifen. Nur durch aktiven Klimaschutz können wir eine nachhaltige Zukunft gestalten, in der wir frei von den verheerendsten Auswirkungen des Klimawandels sind und gleichzeitig die Freiheit haben, unser volles Potenzial auszuschöpfen und ein glückliches Leben führen zu können.

Leider haben die bisherigen Wiener Stadtregierungen viel zu lange geschlafen. Seit den 1970er Jahren ist das Phänomen des menschengemachten Klimawandels bekannt. Statt eine umfassende Transformation einzuleiten und das Wachstum der Stadt für eine nachhaltige Entwicklung zu nützen, hat Wien weiterhin auf fossile Energien gesetzt. Auch heute werden Diskussionen über Großstraßenstraßenprojekte nicht multiperspektivisch geführt, sondern nach wie vor legen viele politische Entscheidungsträger:innen den Fokus auf das Auto. Die Zeit für den Kampf gegen den Klimawandel wurde verschwendet. Auch heute noch besteht eine unzureichende Bereitschaft für einen strukturellen und politischen Wandel.

Mit dem Wiener Klimafahrplan bis 2040 hat sich die Stadt die notwendigen ambitionierten Ziele in Richtung Klimaneutralität gesetzt. Einige dieser Ziele werden mit den bisherigen Maßnahmen jedoch nicht innerhalb des festgelegten Zeitrahmens erreicht werden können. Die Sanierungsquote ist zu gering, das Tempo des Rückbaus von Gasheizungen zu langsam und im Bereich der Mobilität ist Wien noch viel zu vergangenheitsorientiert unterwegs. Es fehlt der Mut zum flächendeckenden Umbau hin zu einer Stadt, wo Menschen und ihre aktive Mobilität Vorrang haben. Als JUNOS Wien wollen wir auf diese Probleme aufmerksam machen und uns nicht mit oberflächlichen Ausreden zufriedengeben.

Wir sehen in Wien das Potenzial, zu einer Vorreiterstadt im Klimaschutz zu werden. Doch bis dahin bedarf es umfassenderen Maßnahmen, die schnellstmöglich umgesetzt werden müssen. Die Zeit ist knapp - wir müssen sie aktiv und klug nutzen. Mit diesem Antrag wollen wir JUNOS Wien generationengerechte und freiheitssichernde Positionen zur Klimakrise in Wien einnehmen. Gemeinsam können wir eine nachhaltige Stadt für eine freie Zukunft aufbauen, in der unsere Umwelt geschützt ist, Lebensqualität gewährleistet wird und individuelle Freiheiten respektiert werden.

Energie

Die Stadt Wien bezieht derzeit zu 47% ihrer Energie aus Gas.[2] Die Wien Energie betreibt große Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung, um die Menschen in Wien mit Strom und Fernwärme zu versorgen. Der Ausstieg aus fossilen Heizsystemen ist ein zentraler Baustein für die Klimaneutralität 2040.[3]

JUNOS Wien fordert die nachhaltige Transformation der Wiener Strom- und Wärmeversorgung. Wir erachten die damit verbundenen Investitionen als notwendig und sehen darin eine Chance für die Stadt Wien, unabhängiger von Energieimporten zu werden, neue Technologien und deren Zusammenspiel zu erproben und zu skalieren.

Grünes Gas

Erdgas künftig durch erneuerbares Gas zu ersetzen – das ist die Hoffnung vieler Parteien und Unternehmer:innen. Der Begriff erneuerbares Gas bzw. Grüngas subsumiert hierbei a) Biogas, b) Wasserstoff aus Grünstrom und c) aus grünem Wasserstoff erzeugtes Methan. Der Einsatz von grünem Gas ist aufgrund mangelnder Verfügbarkeit nur sehr eingeschränkt möglich.

JUNOS Wien erkennt daher an, dass grünes Gas nicht die Lösung für alle Probleme sein kann.

Geothermie

Durch die glückliche Lage der Stadt Wien über einem Thermalwasservorkommen und die Anwendung von Tiefengeothermie, können bis 2030 bis zu 125.000 Wiener Haushalte mit Fernwärme versorgt werden.[4] Geothermie hat auch seine Anwendungsbereiche in der Wärmeversorgung von einzelnen Gebäuden bis zu ganzen Wohnblöcken. Sie hilft dabei das Fernwärmenetz zu entlasten und leistet einen Beitrag für eine klimaneutrale Stadt. **Wir JUNOS Wien sehen Geothermie als einer der Grundelemente an, um in der Wärmeversorgung klimaneutral zu werden.**

Müllverbrennung

Trotz des stetigen Bevölkerungswachstums sehen wir die Gewinnung von Wärme aus Müll eingeschränkt. Durch Müllvermeidung und höhere Recylinggrade wird in Zukunft weniger Müll anfallen und dadurch wird die Gewinnung von Wärme zurückgehen und einen geringeren Beitrag leisten. **Deshalb sieht JUNOS Wien, wie auch der Klimafahrplan der Stadt Wien, von einem Ausbau von Müllverbrennungsanlagen ab.**

Abwärme dort, wo es geht und Innovation nicht verhindert

Die Nutzung von Abwärme hat neben dem Vorteil, der Verminderung der Energieverschwendung, das Problem, dass sie sich von Abwärmeprozessen abhängig macht und dadurch eine Optimierung der Energieeffizienz des primären Produktionsprozesses, welcher die Abwärme als Nebenprodukt generiert, verhindert bzw. verlangsamt. J**UNOS Wien setzt sich deshalb für die Nutzung von Abwärme ein, wenn dessen Nutzung sich als ökonomisch rentabel darstellt und dadurch keine Investitionen, in die Optimierungen der Energieeffizienz in der Abwärme produzierenden Prozess verhindert.**

Fernwärme

Die Versorgung mit Fernwärme in dichteren Siedlungsgebieten ist einer der effizientesten Methoden, um Wärme zu verteilen. Heute wird Fernwärme großteils durch Erdgas erzeugt; künftig wird die Erzeugung der Wärme durch andere Verfahren, wie Geothermie, ersetzt und dadurch klimafreundlicher werden. Hingegen ist beim Wechsel von Gasheizungen ein Umbau notwendig. Der Ausbau von Fernwärmenetzen in Städten ist relativ alternativlos, da viele Gebäude sich selbst nicht mit ausreichend viel Wärmeenergie versorgen können. Wir sehen den Fernwärmeausbau besonders in der Bestandsstadt für notwendig an, denn neue Stadtquartiere können heutzutage nahezu klimaneutral (auch in Bezug auf Wärme) gebaut werden können.

JUNOS Wien bekennt sich deshalb zu dem weiteren Ausbau von Fernwärme, wo keine effizienteren Maßnahmen umsetzbar sind, und einer zügigen Dekarbonisierung dieser.

Metropolweite Wärme, Grenzen ziehen wo es Sinn macht

Urbane Siedlungsstrukturen machen schon lange nicht mehr an der Stadtgrenze halt. Oft verschwimmt die Grenze zwischen Wien und den Umlandgemeinden so sehr, dass man gar nicht mehr erkennen kann, wo Wien endet, und eine Umlandgemeinde beginnt. Hier macht es Sinn die Wärmeversorgung metropolweit zu denken, zu planen und dadurch Synergieeffekte zu erzielen. **Ein Zusammenschluss der Fernwärmenetze in der Metropolregion Wien erachten wir JUNOS Wien als sinnvoll, wenn die Netze kompatibel sind und es ökonomisch zweckmäßig ist.** Die beiden Energielandesgesellschaften Wiener Energie & EVN sollen einer möglichen Fusion der Netze nicht im Wege stehen, sondern dies ermöglichen und unterstützen. Zudem könnte in Zukunft die Thermenregion im Wiener Becken gemeinsam leichter mit Geothermie erschlossen und genutzt werden.

Fernkälte

Im Zuge des Fernwärmeausbaus **soll für die Gegenden, die eine Fernkälteversorgung in Anspruch nehmen würden** bzw. es in Zukunft wahrscheinlich ist, dass eine nachgefragt werden wird, **auch diese Infrastruktur geschaffen werden.** Beispiele, die sich für eine solche Versorgung eignen sind größere Bürokomplexe und Krankenhäuser.

Forcierung dezentraler Energieversorgung

Das Projekt “SMART Block Geblergasse”, Staatspreisträger für Architektur und Nachhaltigkeit 2021, zeigt vor wie eine dezentrale Energieversorgung auch in der Bestandsstadt funktionieren kann. Im Rahmen einer umfassenden Sockelsanierung von zwei Gebäuden wurde erstmals im historischen Bestandsbau Geothermie eingesetzt. Die Erdwärme-Anlage lässt jederzeit einen Ausbau zu, sodass das technische Versorgungskonzept in Zukunft zu einem Anergienetz für den gesamten Straßenblock ausgebaut werden kann. [5] Durch die Initiative von Privaten kann Energieversorgung auch dezentral erfolgen. Der Ausbau eines solchen Netzes ist jedoch mit vielen Hürden verbunden, weswegen wir **JUNOS Wien eine Unterstützung der Stadt für die Entstehung und Entwicklung dezentraler Energienetze fordern.** Eine Potentialanalyse ist notwendig, um die Möglichkeiten auszuloten, und die Stadt sollte proaktiv auf Wohnhauseigentümer:innen zugehen, um sie bei der Planung und Umsetzung zu unterstützen. Dies wird nicht nur die Netze der öffentlichen Hand entlasten, sondern auch eine vielfältigere und nachhaltigere

Energieversorgung ermöglichen.

Sinnlose Subventionen stoppen

Für die Aufrechterhaltung von Gewächshäusern zur Produktion von Obst und Gemüse werden Energiekosten durch die Stadt Wien massiv subventioniert. Es ist in Zeiten von Freihandel nicht notwendig, innerhalb des Stadtgebiets energieintensiv landwirtschaftliche Produkte herzustellen, die klimafreundlicher wo anders angebaut werden können. Wir **JUNOS Wien fordern die Abschaffung aller Energiesubventionen für die sogenannte Stadtlandwirtschaft**.

Umstieg von Heizsystemen

Der Umstieg der Heizsysteme in Wien ist einer der größten Herausforderungen, denn 2020 war Gas für rund 900.000 Wohnungen der primäre Heizträger. [6] All diese Haushalte bis 2040 mit einem anderen Heizsystem auszustatten ist eine Mammutaufgabe, bei der sowohl Mieter:innen als auch Vermieter:innen mitspielen müssen. Um möglichst rasch eine Dekarbonisierung des Wärmesektors zu erreichen, **fordern wir JUNOS Wien bürokratische Erleichterungen und Anreize für den Wechsel auf ein erneuerbares Heizsystem vor Ort und den Umstieg auf Fernwärme.**

Klimasanierungen

Seit längerem ist die thermische Sanierungsquote im Gebäudebestand viel zu niedrig [7] und liegt weit entfernt von einem ernsthaften Ziel, den Energieverbrauch zu reduzieren und den Klimawandel einzudämmen. Es besteht aber die Notwendigkeit einer höheren energetischen und ökologischen Modernisierungsrate, um die Energiewende voranzutreiben. Die aktuelle Situation erfordert gezielte Maßnahmen seitens der Stadt Wien, um die Sanierungsquote zu erhöhen und den Fokus verstärkt auf Klimasanierungen im Gebäudebestand zu legen. Eine Vielzahl der Gebäude in Wien ist auch im Eigentum der Stadt Wien, wie Schulen und Gemeindebauten. Für diese Gebäude soll die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und diese mit Klimasanierungen fit für die Klimawende machen.

Angesichts dieser Erkenntnisse **fordert JUNOS Wien, dass bei Sanierungen und Umbauten von im Eigentum stehenden Gebäuden der Stadt Wien automatisch eine Klimasanierung durchgeführt wird und es Privaten bürokratisch und steuerlich erleicht wird, diese selbst umzusetzen.** Dies würde dazu beitragen, die Energieeffizienz der Gebäude zu steigern und einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Wir verweisen hier auch auf unsere Forderung, die zur Attraktivierung von

Klimasanierungen beiträgt, aus dem Beschluss “Zukunft neu bauen! Unsere Bauanleitung für nachhaltig günstiges Wohnen.”: **Vorerst sollen zumindest Vermieter_innen, die die eigenen Mietwohnungen auf ein klimaneutrales Niveau heben (Stichwort: Nullenergiehaus), nicht mehr dem Richtwertmietzins unterliegen.**

EWG – endlich beschließen

Seit mehr als einem Jahr wird das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, welches den Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen regeln soll, im Nationalrat nicht verabschiedet.[8] Für den Fall, dass das Gesetzesvorhaben scheitert, **fordert JUNOS Wien bereits jetzt die Finalisierung und den Beschluss von Gesetzen zu Raus aus Gas im Gebäudebestand in Wien.**

Strom

Der elektrische Strombedarf von Wien wird nicht durch die Generierung auf der Fläche von Wien selbst gedeckt und wird eine annähernde Deckung, wenn überhaupt, voraussichtlich erst in mehreren Jahrzehnten erreichen können. Folglich **erkennen wir JUNOS Wien an und setzen uns dafür ein, dass im weitergefassten Umland von Wien Infrastruktur für die Bereitstellung des Strombedarfs der Region errichtet und betrieben wird.** Wien soll verstärkt aus Eigeninitiative den Austausch mit den umliegenden Bundesländern suchen, um die Ermöglichung und Realisierung von erneuerbaren Energiequellen zu erwirken.

Solar/Photovoltaik-Ausbau

Um mit gutem Beispiel als Stadt vorranzugehen, sollen die öffentlichen Gebäude und die Gemeindebauten der Stadt Wien mit Solaranlagen ausgerüstet werden. Versiegelte Flächen, wie Parkplätze, sollen mit PV-Anlagen überdacht werden, wenn es dadurch zu keinen oder nur geringfügigen Nutzungskonflikten kommt. **Wir JUNOS Wien fordern den PV-Ausbau zu erleichtern und zu entbürokratisieren.**

Stromnetze

Durch die Elektrifizierung diverser Bereiche und der zunehmenden Digitalisierung nimmt der Strombedarf stark zu, was den Bedarf einer höheren Netzkapazität zur Folge hat. Besonders ein stark treibender Faktor ist der Umstieg vom Verbrennungsmotor auf nachhaltiger E-Mobilität.[9] Um dem steigenden Strombedarf decken zu können **befürworten wir als JUNOS Wien den massiven Ausbau des Stromnetzes in Wien**, um eine zuverlässige Energieversorgung gewährleisten zu können, und die miteinhergehenden Investitionen der öffentlichen Hand.

Energieeinsparung der Stadt Wien

Durch die Umstellung auf Wärmepumpen und thermische Sanierung kann Wien viel Energie einsparen. Doch da jede vermiedene Kilowattstunde Energie private und öffentliche Kosten spart, sollten alle Potenziale zur Reduktion des Energieverbrauchs penibel ausfindig gemacht und genutzt werden.

Wir JUNOS Wien sprechen uns für regelmäßige Energie Audits für die Stadt Wien und ihre Betriebe aus. Diese sollen zu Energieeinsparungen führen und müssen auch veröffentlicht werden, damit es auch für den/die Bürger:in ersichtlich ist wie energieeffizient beispielweise die eigene Schule ist.

Mobilität

Klimawende bedeutet auch Verkehrswende!

Wien hat, mit Ausnahme des öffentlichen Verkehrs, bis jetzt wenig für die Mobilitätswende geleistet. Die Planungsdoktrin von Wien ist noch immer stark an dem motorisierten Individualverkehr (MIV) ausgerichtet. Dies macht sich nicht nur durch die aktive Planung von Straßenprojekten für das Auto bemerkbar, bei denen es fraglich ist ob dies in dieser Dimensionierung in 20 Jahren überhaupt noch notwendig sind, sondern auch an der Beibehaltung von Gesetzen, die den MIV begünstigen, wie zum Beispiel die Stellplatzverpflichtung im Wohnbau.

Die Verkehrswende ist der Sektor, bei dem in Wien noch am wenigsten passiert ist - und dadurch auch der Bereich wo die Stadt Wien viel für die nächsten Generationen herausholen muss.

Die Mobilitätsbedürfnisse mit dem MIV zu befriedigen, mag, oberflächlich betrachtet, bequem für die Nutzenden erscheinen, aber diese verlieren dadurch Lebensqualität und es ist auch einer der gering energieeffizienten Formen der Mobilität. Schlechte Energieumwandlungsprozesse, niedrige Besetzungsgrade, ineffiziente Fahr- und Beschleunigungsvorgänge machen den MIV in der Stadt zu keinem Mobilitätsangebot der Zukunft, das dementsprechend auch nicht ausgebaut und gefördert gehört.

Parkplätze im öffentlichen Raum

Neben der Reduktion des aktiven MIVs ist auch das Parken im öffentlichen Raum, durch politische Maßnahmen wichtig zu thematisieren. Bei der Abkehr vom MIV werden Infrastrukturen für andere Mobilitätsformen (Fahrrad, Straßenbahn, ...) notwendig. Diese werden den durch die Reduktion der Stellplätze

freiwerdenden Straßenraum benötigen. Weniger Stellplätze führen zu einer Steigerung der Aufenthaltsqualität. Der Straßenraum kann neu verteilt werden. Asphaltflächen können entsiegelt und begrünt werden. Das verhindert die Bildung von Hitzeinseln. **Wir JUNOS Wien fordern daher die Reduktion von Stellplätzen für PKWs im öffentlichen Raum, wo es keine dringende Notwendigkeit für diese gibt** - begleitend zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs, wo noch keine attraktive Alternative möglich ist.

Parkometerabgabe (Parkpickerl)

Die Parkometerabgabe beträgt in allen Bezirken Wiens einheitlich 10 Euro pro Monat. [12] Wir erachten die derzeitige Höhe der Abgabe für die ca. 10 m² öffentlicher Raum verstellt wird als so gering, dass sie unserer Meinung nach eine versteckte Subvention des motorisierten Individualverkehrs ist. **Diese absurde Subvention lehnen wir JUNOS Wien ab und fordern für die Nutzung des öffentlichen Raums eine höhere und angemessene Abgabe.**

Stadtplanung nicht mehr auf das Auto ausrichten

Das Konzept der autogerechten Stadt muss in Wien endlich der Vergangenheit angehören. Regularien wie die Stellplatzverpflichtung zwingen die Bauherren im Wohnbau PKW-Stellplätze zu schaffen, obwohl der Anteil der Personen mit PKW in Wien abnimmt.[13]**Wir verweisen hier auf unsere Forderung "Abschaffung der Stellplatzverpflichtung"** im Beschluss "Liberale Wohnbaupolitik statt sozialistischer Träumerei".

Emissionsfreie Mobilität

JUNOS Wien unterstützt die Abkehr vom Verbrennungsmotor hin zu emissionsfreien Formen der Mobilität. Hier scheint derzeit die Elektromobilität die effizienteste MIV-Technologie zu sein. Wir sehen die Elektromobilität als eine Chance, um die CO2-Emissionen zu reduzieren, die Luftqualität zu verbessern und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Dafür muss jedoch der Ausbau von Ladeinfrastruktur und die Verkehrsplanung mit nachhaltigen Verkehrskonzepten vorangehen.

Carsharing

Die meiste Zeit sind Autos abgestellt und werden nicht ausreichend genutzt, um ressourceneffizient/effektiv zu sein. Um einer möglichst effizienten Nutzung unserer Ressourcen näher zu kommen, **stehen wir Regelungen, die die gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen erleichtern, positiv gegenüber.** Zusätzliche

Bürokratisierung und Verhinderung von Car-Sharing Optionen lehnen wir ab und halten es für einen Schritt in die falsche Richtung!

Lobautunnel

Wir JUNOS Wien sind gegen die geplante Donauquerung in Form des Lobautunnels. Wir unterstützen jedoch die Idee einer weiteren Donauquerung für den Südosten Wiens, allerdings nicht für den motorisierten Individualverkehr, sondern für den Umweltverbund (Kooperation von umweltfreundlichen Verkehrsmittel). Das Ziel ist, durch eine Reduktion des motorisieren Verkehrsaufkommens die Tangente zu entlasten. MIV sollte auf öffentliche Verkehrsmittel und nichtmotorisierten Individualverkehr verlagert werden. Lieferverkehr wird durch die Optimierung von Transportketten und zusätzliche Maßnahmen der Stadt Wien sinken. Wenn Bund und Stadt Wien die notwendigen Maßnahmen gegen die Erderhitzung konsequent umsetzen, ist der Bau einer zusätzlichen Donauquerung für motorisierte Fahrzeuge aus Sicht der JUNOS Wien nicht notwendig. Projekte wie der Lobautunnel bergen das Risiko gestrandeter Investitionen in Milliardenhöhe.

Wege zwischen Außenbezirken und Zentrum ins Lot bringen

Um die Verkehrsbelastung zwischen den Außenbezirken und Zentrum in Wien zu reduzieren, ist es wichtig, eine ausgewogene Entwicklung der Stadtteile voranzutreiben. Da das Bevölkerungswachstum vor allem in den Außenbezirken stattfindet, muss dort auch die Schaffung von Arbeitsplätzen möglich und attraktiv sein, um lange Pendelwege ins Zentrum zu vermeiden. Durch die Forcierung von polizentralen Strukturen in den Außenbezirken können mehr Arbeitsplätze entstehen, wodurch nicht nur die Arbeitswege der Bewohner:innen verkürzt werden, sondern es besteht auch die Möglichkeit, die Infrastruktur wie Straßen, S- und U-Bahnen effizienter zu nutzen, da sich die Verkehrsströme besser verteilen.

JUNOS Wien setzt sich daher für eine polyzentrische Entwicklung der Außenbezirken, sowie die bessere Vernetzung der Bezirke ein.

Den Mobilitäts-Ausbau in den Außenbezirken endlich starten

Für die stark wachsenden Bezirke Wiens wurden bisher abseits des U-Bahnausbaus viel zu wenige Maßnahmen ergriffen. Dadurch vergeben wir eine historische Chance in der Stadtplanung, Stadtstrukturen weniger abhängig vom Auto zu gestalten und klimaneutrale Stadtteile zu schaffen. Insbesondere die Querverbindungen innerhalb der Außenbezirke sind unzureichend und erschweren die Wege für die Bewohner:innen. Es fehlt nicht nur an einem ausreichenden öffentlichen

Verkehrsangebot, sondern auch an geeigneten Radwegen. Dies führt dazu, dass die Außenbezirke weiterhin stark vom motorisierten Individualverkehr dominiert sind. Um die Autoabhängigkeit der Stadtstrukturen zu verringern, ist es dringend erforderlich, ein vielfältiges und alternatives Mobilitätsangebot zu schaffen.

Wir JUNOS Wien fordern daher einen deutlich stärkeren Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Radweginfrastruktur, insbesondere der Querverbindungen, in den Außenbezirken. Denn nur so können wir eine nachhaltige und zukunftsorientierte Mobilität gewährleisten und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

Ausbau des nichtmotorisierten Individualverkehrs (NMIV)

Wir JUNOS Wien bekennen uns entschieden zum Ausbau des nichtmotorisierten Individualverkehrs (NMIV) und setzen uns dafür ein, das Angebot für Fahrradfahren und Gehen zu Fuß zu erweitern. Wir sind überzeugt, dass der NMIV eine nachhaltige und gesunde Alternative zum motorisierten Verkehr darstellt. Durch den Ausbau von sicheren Radwegen, Fußwegen und der Schaffung entsprechender Infrastruktur schaffen wir attraktive Möglichkeiten für eine umweltfreundliche und gesunde Mobilität für alle Bürger:innen.

Wir JUNOS Wien setzen uns für den Bau von hochwertigen Radwegen ein, die es den Menschen ermöglichen, bequem und sicher mit dem Fahrrad zu fahren. Dies umfasst die Schaffung von Fahrradstraßen, die Einrichtung von Fahrradabstellanlagen sowie die Verbesserung der Verknüpfung von Radwegen mit anderen Verkehrsträgern.

Wir wollen sichere und attraktive Gehwege schaffen, die zum Flanieren und zur Fortbewegung zu Fuß einladen. Dies beinhaltet breitere Gehwege, barrierefreie Übergänge und eine verbesserte Fußgängerinfrastruktur an Knotenpunkten.

Nachhaltige Fahrzeugflotten der öffentlichen Hand

Wie auch dem Klimafahrplan der Stadt Wien enthalten, **bekennen** auch **wir JUNOS Wien uns zum Einsatz von nachhaltigen Fahrzeugflotten der öffentlichen Hand.** Des Weiteren **fordern wir, dass in Vergabeverfahren** der Stadt Wien oder Unternehmen der Stadt Wien **die Nachhaltigkeit der angebotenen Fahrzeuge ein maßgebliches Mindest- oder Bewertungskriterium darstellt**, sofern dies nicht aus technischen oder gravierenden wirtschaftlichen Gründen unmöglich ist (z.B. Feuerwehr).

Güterverkehr in der Stadt

Wir bekennen uns dazu, dass der Gütertransport in der Stadt nachhaltiger gestaltet werden soll. Wir sind der Überzeugung, dass umweltfreundliche und effiziente Lösungen für den Warenverkehr erforderlich sind, um die Belastungen durch Emissionen und Verkehrsaufkommen zu reduzieren.

CityMaut

Wir JUNOS Wien erachten eine CityMautfür keine nachhaltige und zielführende Maßnahme, um den MIV in der Stadt zu reduzieren, da eine Durchführung einer solchen aufwendig und teuer ist, nicht ganzheitlich das motorisierte Verkehrsaufkommen reduziert und der Effekt einer solchen CityMaut, wahrscheinlich, wenn überhaupt, nur gering sein wird. Stattdessen sollte man Ressourcen in effektivere Maßnahmen stecken.

Anpassung

Wir leugnen nicht die Realität und Dringlichkeit des menschengemachten Klimawandels und bekennen uns dazu, seine Folgen mit allen möglichen Mitteln einzudämmen. Trotzdem dürfen wir nicht davon ausgehen, dass das Optimum im Klimaschutz weltweit erreicht wird - wir werden also mit deutlichen Folgen rechnen müssen. Dazu gehören neben mehr Extremwetterereignissen auch mehr heiße Tage und Nächte. Dementsprechend fordern wir mehr Begrünung, Beschattung und andere Maßnahmen zur Kühlung des öffentlichen Raumes, insbesondere an bereits vorhandenen „Hitzeinseln“.

[1]https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2151323-In-der-Hitze-der-Stadt.html#:~:text=Auch%20Wien%20heizt%20sich%20von,mehr%20unter%2020%20Grad%20

[2] http://ma20.23degrees.io/#/sankey/00

[3] https://positionen.wienenergie.at/grafiken/heizsysteme-in-oesterreich/

[4]https://www.geotiefwien.at/aktuelles/3d-modell-des-wiener-untergrunds-praesentiert

[5] https://www.klimaaktiv.at/bauen-sanieren/staatspreis/Preistr%C3%A4ger-2021/Geblergasse.html

[6] https://www.wienerzeitung.at/themen/energiewende/2131874-Die-letzten-Tage-der-Therme.html

[7] https://www.ibo.at/wissensverbreitung/ibomagazin-online/ibo-magazin-artikel/data/entwicklungen-in-der-thermischen-sanierung

[8] https://www.meinbezirk.at/c-politik/gesetz-liegt-am-tisch-aber-nichts-tut-sich_a6034767

[9] https://positionen.wienenergie.at/grafiken/endenergiebedarf-wien-bis-2040/

[10] https://vcoe.at/publikationen/vcoe-factsheets/detail/tempo-30-fuer-mehr-lebensqualitaet-umsetzen

[11]https://www.tuwien.at/tu-wien/aktuelles/news/news/30-80-100-geschwindigkeit-senken-lebensqualitaet-erhoehen

[12]
https://www.wien.gv.at/amtshelfer/verkehr/parken/kurzparkzone/parkpickerl.html

[13]https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-im-vorjahr-hat-erstmals-in-allen-bundeslaendern-zahl-der-pkw-pro-1-000-einwohner-abgenommen

ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Felix Schnabl, Mario Dragnev, Rosemarie Newil*

Tagesordnungspunkt: *0.16.2. weitere Anträge*

A1: Schluss mit dem Alleinherrscher im Rathaus Rechtliche Lehren aus der Affäre rund um die Wien Energie und Bgm. Ludwig.

Antragstext

Im September 2022 wurde bekannt, dass die Stadt Wien in zwei Tranchen 1,4 Milliarden Euro an Garantien für die stadteigene Wien Energie gewährt hat. Diese Garantien wurden jedoch nicht durch den Gemeinderat beschlossen - sondern durch den Bürgermeister allein. Noch dazu wurden die Öffentlichkeit und der Gemeinderat erst Monate nach der Bewilligung dieser Garantien informiert.

Das eigenmächtige Handeln stützte der Bürgermeister auf eine sogenannte *Notkompetenz*, die ihm von § 92 der Wiener Stadtverfassung (WStV) zugestanden wird. Diese Notkompetenz ist in ihrer jetzigen Fassung sehr breit formuliert und gibt dem Bürgermeister dadurch eine enorme Macht. Er kann, wann immer er denkt, dass die “Entscheidung [eines] Gemeindeorganes ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann", eigenmächtig Verfügungen treffen.

Anders formuliert: Wenn es zu langsam wäre, das eigentlich demokratisch legitimierte Gremium mit einer Thematik zu befassen, kann der Bürgermeister die Sache einfach selbst entscheiden. Wenn Demokratie zu lange braucht, nimmt der Stadtkaiser die Dinge einfach selbst in die Hand.

Die Stadtverfassung sieht zwar vor, dass der Bürgermeister “die Angelegenheit [...] unverzüglich dem zuständigen Gemeindeorgan zur nachträglichen Genehmigung [vorlegen muss]”, doch gibt es keine rechtliche Kontrolle dieser Regelung. Die Affäre rund um die Milliarendengarantien für die Wien Energie illustriert, wie dehnbar der Begriff “unmittelbar” ist: Erst nach der Sommerpause wurde der Gemeinderat mit den Garantien befasst, obwohl diese teilweise schon Mitte Juli durch Notkompetenz genehmigt wurden.

Die derzeitige Fassung der Stadtverfassung macht aus dem Bürgermeister also einen Souverän im Sinne des reaktionären Staatsrechtlers Carl Schmitt, ist er

doch alleiniger Richter über den Ausnahmezustand. Er entscheidet, wann die Stadtinstitutionen normal funktionieren dürfen, und wann er selbst alles entscheiden darf. Wann Demokratie sein darf, und wann sie eben zu aufwändig ist.

So ein Zustand ist in einer liberalen Stadt nicht tolerierbar. Nicht ohne Grund ist der österreichische Staat eigentlich so gebaut, dass einen Souverän, der im Zweifelsfall Diktator spielen kann, nicht gibt.

Es braucht also zweierlei: Einerseits eine Neugestaltung des § 92 WStV, um die Notkompetenz des Bürgermeisters auf ein striktes Minimum zu begrenzen (I.), und andererseits eine verbesserte rechtliche Kontrolle des Handelns des Bürgermeisters (II.).

Selbst wenn diese Materie etwas technisch klingen mag, ist sie von allerhöchster Bedeutung, geht es doch darum, dass der Bürgermeister nicht eigenmächtig Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umgehen kann.

1. **Notkompetenz (§ 92 WStV) auf ein Minimum begrenzen**

Nicht ohne Grund sind Notkompetenzen im modernen Verfassungsrecht eher gefürchtet. Sie führen dazu, dass die gewöhnlichen demokratischen Abläufe umgangen werden und durch Entscheidenden von Einzelpersonen ersetzt werden. JUNOS Wien sieht zwar die Notwendigkeit von Notkompetenzen, jedoch nur in einem sehr beschränkten und reglementierten Rahmen. Je wichtiger das umgangene Gremium, umso höher sollte die Hürde sein.

JUNOS Wien setzt sich also für eine Auftrennung des § 92 WStV in zwei Absätze ein.

Tatsächlich umfasst nämlich die derzeitige Notkompetenz zwei sehr verschiedene Notkompetenzen: Einerseits die Möglichkeit Notverfügungen im Kompetenzbereich des Stadtsenates, also der Stadtregierung, zu treffen, und andererseits die Macht, Notverfügungen im Kompetenzbereich des Gemeinderats oder von Gemeinderatsausschüssen zu treffen. Nachdem im zweiten Fall der Bürgermeister als Organ der Stadtexekutive in den Kompetenzbereich des Stadtparlaments eingreift, sollten die Hürden hier deutlich höher gesteckt sein.

In einem ersten Absatz eines neu geschriebenen § 92 WStV soll dem Bürgermeister eingeräumt werden, dass er in Ausnahmefällen Stadtsenatsbeschlüsse vorwegnehmen darf. Gleichzeitig sollen aber genaue Fristen geschaffen werden, nach denen der Stadtsenat jedenfalls über die

vorläufigen Verfügungen des Bürgermeisters abzustimmen hat.

In einem zweiten Absatz soll die Notkompetenz des Bürgermeisters in Sachen Wirkungsbereich des Gemeinderats und der Gemeinderatsausschüsse an die Notkompetenz des Bundespräsidenten nach Art 18 Abs. 3 bis 5 B-VG angeglichen werden.

Der Bürgermeister müsste also auf Vorschlag des Stadtsenates und im Einvernehmen mit einem dafür eingerichteten Unterausschuss des Gemeinderats handeln. Eine Verwendung dieser Notkompetenz hätte automatisch eine Einberufung des Gemeinderats zur Folge, der binnen einer kurzen Frist der Verfügung, die im Rahmen der Notkompetenz ergangen ist, zustimmen müsste. Dadurch würde gewährleistet, dass der Bürgermeister nicht ganz alleine tun und lassen kann, was er will.

Auch der Anlassfall für eine Verwendung der Notkompetenz ist in Art. 18 B-VG näher umschrieben. Während die derzeitigen Fassung des § 92 WStV schlicht festschreibt, dass “die Entscheidung dieser Gemeindeorgane ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann”, sieht Art 18 Abs. 3 B-VG vor, dass nur zur “Abwehr eines offenkundigen, nicht wieder gutzumachenden Schadens für die Allgemeinheit zu einer Zeit notwendig wird, in der der Nationalrat nicht versammelt ist, nicht rechtzeitig zusammentreten kann oder in seiner Tätigkeit durch höhere Gewalt behindert ist...” auf die Ausnahmekompetenz zurückgegriffen werden kann. Um Willkür zu vermeiden, setzt sich JUNOS Wien dafür ein, dass die Formulierung des Notstandes in § 92 WStV sich an dem Vorbild des Art. 18 B-VG orientiert.

Im dritten Absatz einer neuen Fassung des § 92 WStV soll festgeschrieben werden, dass jegliche Verwendung der Notkompetenz öffentlich gemacht werden muss.

Damit diese Neugestaltung der Notkompetenz nicht durch den Bürgermeister eigenmächtig umgangen wird, braucht es aber auch eine Verstärkung der rechtlichen Kontrolle des Bürgermeisters.

2. **Für echte rechtliche Kontrolle sorgen**

Staatliche Funktionsträger wie der Bürgermeister üben Macht im Namen der Bevölkerung und auf Grundlage verschiedenster Rechtsnormen aus. Das ist ein wesentliches Merkmal des Rechtsstaates: Die politische Macht ist an das Recht gebunden. Damit das auch gewährleistet wird, muss das Überschreiten der rechtlichen Kompetenzen und der Machtmissbrauch rasche und vorhersehbare Folgen

haben.

Die Affäre rund um die von Bürgermeister Ludwig im Rahmen der Notkompetenz vergebenen Garantien offenbart, wie wenig Möglichkeit es für die Minderheit im Gemeinderat bzw Landtag gibt, die Regierung dazu zu zwingen, sich an geltendes Recht zu halten. So konnte die Minderheit im Gemeinderat über Monate nicht kontrollieren, ob es hier überhaupt notwendig war, die Notkompetenz in Anspruch zu nehmen - auch weil sie erst nach Monaten über die Affäre informiert wurden.

Selbst wenn aktuell eine Oppositionsfraktion (die ÖVP Wien) in mehreren Gutachten darlegt, dass sie das Verhalten des Bürgermeisters in der Affäre für illegal hält, kann sie den Bürgermeister *de facto* nicht zur Verantwortung ziehen.

Die Stadtverfassung sieht grundsätzlich vor, dass die Mitglieder der Landesregierung dem Landtag gegenüber sowohl politisch, als auch rechtlich verantwortlich sind. Im Rahmen der politischen Kontrolle kann der Landtag die Landesregierung aufgrund von politischen Differenzen mittels Misstrauensantrag zum Rücktritt zwingen. Das sorgt dafür, dass keine Landesregierung gegen den Willen der Mehrheit der Abgeordneten zum Landtag gebildet wird und funktioniert in Wien sehr gut.

Leider ist die rechtliche Kontrolle durch den Landtag, die garantieren soll, dass die Landesregierung nicht im Rahmen ihrer Amtsausübung gegen das Gesetz verstößt, in Wien realpolitisch inexistent.

Es existiert zwar das Instrument der Anklage der Mitglieder der Landesregierung vor dem Verfassungsgerichtshof durch den Landtag (§ 135 Abs. 4 WStV iVm Art. 142 Abs. 2 lit d B-VG), analog zur sogenannten Ministeranklage auf Bundesebene (Art. 76 B-VG iVm Art. 142 Abs. 2 lit b B-VG). In diesem Verfahren muss der Verfassungsgerichtshof prüfen, ob die belangte Person in ihrer Amtstätigkeit schuldhafte Gesetzesverletzungen gesetzt hat. Abhängig vom Schweregrad dieser Rechtsverletzung kann der Verfassungsgerichtshof eine einfache Ermahnung, oder auch eine Amtsenthebung anordnen. Dieses Verfahren wurde von den Autoren der Bundesverfassung geschaffen, um zu garantieren, dass Regierungsmitglieder auf Bundes- oder Landesebene nicht ohne Konsequenzen geltendes Recht verletzen können.

Um dieses Verfahren einzuleiten, bedarf es aber gemäß der Wiener Stadtverfassung eines Mehrheitsbeschlusses des Landtages. Im Klartext heißt das: Ohne die Zustimmung der Stadtregierungsfraktionen kann keine Anklage gegen Mitglieder der Landesregierung durch den Landtag erhoben werden. Heute ist die

rechtliche Kontrolle der Mitglieder der Stadtregierung durch den Landtag also nicht mehr als totes Recht.

Es kommt aber noch schlimmer: Im Rahmen der komplexen rechtlichen Organisation des Landes Wien, die zugleich auch eine Gemeinde ist, sind die Landesorgane zugleich Organe der Gemeinde Wien. Die Mitglieder der Landesregierung sind also zugleich Mitglieder des Stadtsenats, der Landeshauptmann zugleich Bürgermeister und der Landtag zugleich Gemeinderat.

Handeln der Bürgermeister oder die Mitglieder des Stadtsenats im Rahmen ihrer Gemeindefunktionen (und nicht Landesfunktionen), so sind sie dem Gemeinderat gegenüber nur *politisch* verantwortlich (§ 37 WStV). Rechtliche Verantwortung gibt es hier gar keine. Nachdem die Notkompetenz des Bürgermeisters aber eben eine Kompetenz des Bürgermeisters und nicht des Landeshauptmannes ist, gibt es im Endeffekt gar keine rechtliche Kontrolle dieser Handlungen - nicht einmal mit Zustimmung der Regierungsfraktionen im Gemeinderat.

JUNOS Wien findet diesen Zustand insgesamt inakzeptabel. Es ist von höchster Bedeutung, dass garantiert werden kann, dass Mitglieder der Stadtregierung sich an geltendes Recht halten, und die Opposition im Rathaus die Möglichkeit hat, klären zu lassen, ob ein Mitglied der Stadtregierung im Rahmen seiner Amtstätigkeit geltendes Recht verletzt - ganz egal ob es als Mitglied der Landesregierung oder des Stadtsenats handelt. Aktuell bleiben die von der Opposition erhobenen Vorwürfe rechtlich folgenlos.

Um die rechtliche Kontrolle der Mitglieder der Landesregierung durch den Landtag endlich effektiv aufzuwerten, bedarf es einer Absenkung des Konsensquorums bei Anklagebeschlüssen iSd § 135 Abs. 4 WStV. JUNOS Wien setzt sich also dafür ein, dass eine Minderheit im Landtag (zB 33 Abgeordnete) einen solchen Anklagebeschluss fassen kann. Damit solche Anklagebeschlüsse nicht zu Misstrauensanträgen durch die Hintertür verkommen, setzt JUNOS Wien sich gleichzeitig dafür ein, dass § 135 Abs. 5 WStV (die sofortige Suspension des Mitglieds der Landesregierung nach erfolgter Anklage) ersatzlos gestrichen wird.

Gleichzeitig sollte eine analoge Form der rechtlichen Verantwortung des Bürgermeisters bzw der Mitglieder des Stadtsenats dem Gemeinderat gegenüber im Rahmen des § 37 WStV geschaffen werden. Auch hier sollte eine Anklage bereits mit Zustimmung einer Minderheit der Gemeinderäte möglich sein.

ANHANG 1: Derzeitige Fassung des § 92 WStV

§ 92

Der Bürgermeister ist berechtigt, bei dringlichen Fällen in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich eines Gemeinderatsausschusses, des Stadtsenates oder des Gemeinderates fallen, unter seiner Verantwortung Verfügungen zu treffen, wenn die Entscheidung dieser Gemeindeorgane ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann. Er hat die Angelegenheit jedoch unverzüglichdem zuständigen Gemeindeorgan zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen.

ANHANG 2: Derzeitige Fassung des Art. 18 B-VG (Auszüge)

Artikel 18.

(...)

(3) Wenn die sofortige Erlassung von Maßnahmen, die verfassungsgemäß einer Beschlussfassung des Nationalrates bedürfen, zur Abwehr eines offenkundigen, nicht wieder gutzumachenden Schadens für die Allgemeinheit zu einer Zeit notwendig wird, in der der Nationalrat nicht versammelt ist, nicht rechtzeitig zusammentreten kann oder in seiner Tätigkeit durch höhere Gewalt behindert ist, kann der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung unter seiner und deren Verantwortlichkeit diese Maßnahmen durch vorläufige gesetzändernde Verordnungen treffen. Die Bundesregierung hat ihren Vorschlag im Einvernehmen mit dem vom Hauptausschuss des Nationalrates einzusetzenden ständigen Unterausschuss (Art. 55 Abs. 3) zu erstatten. Eine solche Verordnung bedarf der Gegenzeichnung der Bundesregierung.
(4) Jede nach Abs. 3 erlassene Verordnung ist von der Bundesregierung unverzüglich dem Nationalrat vorzulegen, den der Bundespräsident, falls der Nationalrat in diesem Zeitpunkt keine Tagung hat, während der Tagung aber der Präsident des Nationalrates für einen der der Vorlage folgenden acht Tage einzuberufen hat. Binnen vier Wochen nach der Vorlage hat der Nationalrat entweder an Stelle der Verordnung ein entsprechendes Bundesgesetz zu beschließen oder durch Beschluss das Verlangen zu stellen, dass die Verordnung von der Bundesregierung sofort außer Kraft gesetzt wird. Im letzterwähnten Fall muss die Bundesregierung diesem Verlangen sofort entsprechen. Zum Zweck der rechtzeitigen Beschlussfassung des Nationalrates hat der Präsident die Vorlage spätestens am vorletzten Tag der vierwöchigen Frist zur Abstimmung zu stellen; die näheren Bestimmungen trifft das Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates. Wird die Verordnung nach den vorhergehenden Bestimmungen von der Bundesregierung aufgehoben, treten mit dem Tag des Inkrafttretens der Aufhebung die gesetzlichen Bestimmungen wieder in Kraft, die durch die Verordnung aufgehoben worden waren.

(5) Die im Abs. 3 bezeichneten Verordnungen dürfen nicht eine Abänderung bundesverfassungsgesetzlicher Bestimmungen bedeuten und weder eine dauernde

finanzielle Belastung des Bundes, noch eine finanzielle Belastung der Länder oder Gemeinden, noch finanzielle Verpflichtungen der Staatsbürger, noch eine Veräußerung von Bundesvermögen, noch Maßnahmen in den im Art. 10 Abs. 1 Z 11 bezeichneten Angelegenheiten, noch endlich solche auf dem Gebiet des Koalitionsrechtes oder des Mieterschutzes zum Gegenstand haben.

ANHANG 3: Derzeitige Fassung des § 37 WStV

Abberufung des Bürgermeisters und amtsführender Stadträte - § 37

(1)Versagt der Gemeinderat dem Bürgermeister oder einem amtsführenden Stadtrat durch ausdrückliche Entschließung sein Vertrauen, so gilt er als abberufen, wodurch der Bürgermeister seine Funktion als Bürgermeister, der amtsführende Stadtrat sein Stadtratsmandat verliert.

(2) Ein solcher Antrag muß mindestens vom vierten Teil aller Gemeinderatsmitglieder eingebracht werden; bezüglich eines amtsführenden Stadtrates kann er auch vom Bürgermeister gestellt werden.

(3) Zu einem Beschluß des Gemeinderates, mit dem das Vertrauen versagt wird, bedarf es der Anwesenheit der Hälfte der Gemeinderatsmitglieder. Doch ist, wenn es ein Fünftel der anwesenden Gemeinderatsmitglieder verlangt, die Abstimmung auf den zweitnächsten Werktag zu vertagen. Eine neuerliche Vertagung kann nur durch Beschluß des Gemeinderates erfolgen.

ANHANG 4: Derzeitige Fassung des Art. 142 B-VG (Auszüge)

Artikel 142. (1) Der Verfassungsgerichtshof erkennt über die Anklage, mit der die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane für die durch ihre Amtstätigkeit erfolgten schuldhaften Rechtsverletzungen geltend gemacht wird.

(2) Die Anklage kann erhoben werden:

(...)

b) gegen die Mitglieder der Bundesregierung und die ihnen hinsichtlich der Verantwortlichkeit gleichgestellten Organe wegen Gesetzesverletzung: durch Beschluß des Nationalrates;

c) gegen einen österreichischen Vertreter im Rat wegen Gesetzesverletzung in

Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache wäre: durch Beschluß des Nationalrates, wegen Gesetzesverletzung in Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Landessache wäre: durch gleichlautende Beschlüsse aller Landtage;

d) gegen die Mitglieder einer Landesregierung und die ihnen hinsichtlich der Verantwortlichkeit durch dieses Gesetz oder durch die Landesverfassung gleichgestellten Organe wegen Gesetzesverletzung: durch Beschluß des zuständigen Landtages;

(...)

(4) Das verurteilende Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes hat auf Verlust des Amtes, unter besonders erschwerenden Umständen auch auf zeitlichen Verlust der politischen Rechte, zu lauten; bei geringfügigen Rechtsverletzungen in den in Abs. 2 unter c, e, g und h erwähnten Fällen kann sich der Verfassungsgerichtshof auf die Feststellung beschränken, daß eine Rechtsverletzung vorliegt. Der Verlust des Amtes des Präsidenten des Landesschulrates hat auch den Verlust jenes Amtes zur Folge, mit dem das Amt des Präsidenten gemäß Artikel 81a Abs. 3 lit. b verbunden ist.

ANHANG 5: Derzeitige Fassung des § 135 WStV

Verantwortlichkeit der Mitglieder der Landesregierung - § 135

(1)Der Landeshauptmann vertritt Wien als Land. Er trägt in den Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung die Verantwortung gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 142 des Bundes-Verfassungsgesetzes.

(2) Der Geltendmachung dieser Verantwortung steht die Immunität nicht im Wege.

(3) Die Mitglieder der Landesregierung sind dem Landtag gemäß Artikel 142 des Bundes-Verfassungsgesetzes verantwortlich.

(4) Zu einem Beschluß, mit dem die Anklage im Sinne des Artikels 142 Abs. 2 Punkt c des Bundes-Verfassungsgesetzes erhoben wird, bedarf es der Anwesenheit der Hälfte der Landtagsabgeordneten.

(5) Die sofortige Wirkung eines solchen Beschlusses ist die Suspension vom Amt.

ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Sarah Sinkovits, Maximilian Oberhammer, Moritz Ritter*

Tagesordnungspunkt: *0.16.2. weitere Anträge*

A2: Keine Politik mit Inseraten

Antragstext

Die Stadt Wien schaltete im Jahr 2022 Inserate um insgesamt 25,3 Millionen Euro – mehr als alle anderen acht Bundesländer zusammen, und lediglich drei Millionen Euro weniger als die türkis-grüne Bundesregierung.[1] Diese hohen Ausgaben werden vielfach kritisiert

Die Problematik bei Inseraten besteht nicht darin, dass sie geschalten werden, sondern wie und warum. In vielen Fällen steht nämlich nicht das Informationsbedürfnis, sondern die politische Beeinflussung von Bürger:innen im Vordergrund. Kurz gesagt: Gekaufte Berichterstattung wird zum immer häufigeren Verdacht.[2]

Gleichzeitig entsteht eine immer stärker werdende Abhängigkeit zwischen Politik und Medien[3] – Politische Verantwortungsträger:innen inserieren zu ihrer politischen Couleur passende Themen und Messages, Medien nutzen dies (vor allem im Boulevard-Bereich) als Geschäftsmodell. Was ist die Konsequenz? Medien werden durch politisches Kalkül fügsam gemacht, die vierte Gewalt des Staates wird geschwächt und die Demokratie wird untergraben.

1. Umgang mit Inseraten

Grundsätzlich sind Inserate nichts Verwerfliches, wenn es sich tatsächlich um die Informierung von Bürger:innen mit wichtigen und dringlichen Informationen handelt. Jedoch ist die Höhe der Inseratenausgaben der Stadt Wien so hoch, ohne dass ein dringliches Informationsbedürfnis besteht oder ein solches befriedigt wird.

Viel mehr steht der Verdacht im Raum, dass die Großzahl der geschalteten Inserate viel mehr den politischen Parteien in der Exekutive der Stadt Wien dienen. Denn Inserate bieten eine Vielzahl an Möglichkeiten das eigene

Parteiumfeld, durch Vergabe von Inseraten, wirtschaftlich zu bereichern und die eigene politische Arbeit und Politiker zu bewerben.

Inserate der öffentlichen Hand müssen unserer Auffassung nach sachlich, ohne Parteibezug und im Verhältnis der Kosten zur Wichtigkeit der Nachricht sein. Den leichtfertigen Umgang mit Inseraten, die Höhe der Ausgaben dafür, die intransparente Vergabe, die Vergabe an parteinahe Medien und die starke Fokussierung auf politische Amtsträger verurteilen wir.

JUNOS Wien fordert eine drastische Reduktion der Ausgaben für Inserate, sowohl von der Stadt Wien als auch von ausgelagerten Unternehmen.

Nichtsdestotrotz erkennt JUNOS Wien die Nützlichkeit von Inseraten der öffentlichen Hand an, wenn diese einem wichtigen und dringlichen Informationszweck dienen, wie zum Beispiel Werbung für die Impfung während der SARS-CoV-2-Pandemie.

JUNOS Wien fordert deshalb Richtlinien zum Umgang mit Inseraten für die Verwaltung und beteiligten Unternehmen.

2. Schaltung von Inseraten

Bei der Schaltung von Inseraten sollte das Ziel vor allem eines sein: vollkommene Transparenz. Es soll für Bürger:innen auf den ersten Blick ersichtlich sein, dass es sich um ein von der Stadt Wien geschaltenes Inserat handelt.

Zum Überblick über alle geschaltenen Inserate der Stadt Wien sowie die Kosten, die durch jene entstehen, setzen wir uns für die Implementierung einer öffentlich zugänglichen Datenbank ein. Ziel soll sein, dass in der Datenbank alle Inserate, die die Stadt Wien schaltet, öffentlich verfügbar einsichtlich sind. Zusätzlich sollen die jeweiligen entstandenen Kosten, der Zeitpunkt, der Zweck und das Medium ersichtlich sein.

JUNOS Wien fordert daher die Implementierung einer Transparenzdatenbank mit allen notwendigen Informationen über geschaltene Inserate, um es Bürger:innen zu ermöglichen, stets Einsicht in das von der Stadt Wien für Inserate verwendete Steuergeld zu erhalten.

Bereits vor Veröffentlichung des Inserates soll dieses in der Datenbank ersichtlich sein – eine Frist von 7 Tagen soll ermöglichen, dass man sich

nicht erst nach bereits erfolgter Schaltung über das Inserat informieren kann, sondern bereits davor. Für dringend notwendige Kampagnen, die im öffentlichen Interesse stehen, soll es eine Ausnahmeregelung von dieser Frist geben.

3. Kontrolle

Um einen transparenten und effizienten Umgang mit Inseraten zu ermöglichen, dürfen auch entsprechende Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten nicht fehlen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Stadtrechnungshof jederzeit eine amtswegige Prüfung vornehmen kann.

Nicht nur die Stadt Wien, sondern auch ausgelagerte Unternehmen sowie Unternehmen, an denen diese beteiligt ist, sollen der Kontrolle und Überprüfung durch den Stadtrechnungshof unterliegen. Ab einer Beteiligung von 25% und einer Stimme, was im Gesellschaftsrecht in der Regel die Sperrminorität darstellt, soll dieses Kontrollrecht schlagend werden. Durch eine solche Regelung soll vermieden werden, dass im Eigentum der Stadt Wien stehende Unternehmen wie die Wien Energie ohne Kontrolle Inserate in hohem Ausmaß schalten.

JUNOS Wien fordert daher die Stärkung der Rolle des Stadtrechnungshof sowie die Erweiterung seiner Prüfkompetenzen.

[1]Wien als Anzeigenkaiser: Die Werbeflüsse aus dem roten Rathaus - Wiener Politik - derStandard.at › Inland

[2]Stadt Wien gab 57 Prozent mehr für Werbung aus als angekündigt (profil.at)

[3]Medienpolitik - Bei der Medienfinanzierung ist keine Lösung in Sicht - Wiener Zeitung Online

ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Philipp Pichler, Tobias Hübl, Maximilian Oberhammer*

Tagesordnungspunkt: *0.16.2. weitere Anträge*

A3: Wir sind mehr als nur ‘unsere’ Geschichte! Für eine moderne Erinnerungskultur in Wien.

Antragstext

Edward Colston, Wladimir Iljitsch Lenin, Karl Lueger - nicht zuletzt durch die Black-Lives-Matter-Proteste in den USA rückten die Formen öffentlicher Ehrungen belasteter historischer Personen wieder ins Rampenlicht - so auch in Österreich. Im öffentlichen Diskurs wird der Ruf nach einer kritischen Auseinandersetzung mit den Denkmälern belasteter historischer Figuren und ihrer Kontextualisierung oder Demontage immer lauter.

Das wohl prominenteste Beispiel in Wien ist dabei die Statue Karl Luegers, der seinen politischen Erfolg auf grassierenden Antisemitismus baute, wie auch der Historiker:innenbericht der Stadt Wien dargelegt hat.[1] Nach langer Debatte ob eine Kontextualisierung über Informationstafeln hinausgehen sollen, aktivistischer Interventionen (‘Schande’) und einem Wettbewerb zu Kontextualisierungskonzepten wird nun die Statue um 500.000 € um 3,5° nach rechts geneigt.[2] Auch rund um den Leopold-Kunschak-Platz, benannt nach einem Antisemiten und Parteigänger Luegers, kam es durch die Forderung nach Aufstellung eines weiteren Ehrenmals für Kunschak zu hitzigen Debatten.[3]

Der Umgang mit der öffentlichen Ehrung von belasteten Personen ist aus unserer Sicht keine Frage von Geschichte, sondern eine Frage der politischen Verantwortung. Diese Statuen und Ehrungen bilden nicht ‘die’ oder ‘unsere’ Geschichte ab, sondern sind ihrerseits ein Produkt einer spezifischen Epoche und Mentalität. Die Veränderung dieser Gedächtnisformen ist keine Verfälschung der Geschichte, sondern eine normale historische Praxis, so wie ihn jede Epoche vor der unseren kannte.

Im Umgang mit Ehrungen im öffentlichen Raum gibt es aus unserer Sicht keine generelle Regel, wie mit ihnen umzugehen ist. Das würde der geschichtlichen Realität auch nicht gerecht werden. Jedes Denkmal muss für sich diskutiert

werden. Die Politik muss aber dafür den geeigneten Rahmen schaffen.

Diskussionsräume schaffen - politische Verantwortung übernehmen!

Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS begrüßen die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte als Chance, um uns von einem einseitigen Geschichtsbild zu lösen und eine lebendige Erinnerungskultur zu gewinnen, die, getragen von Bürger:innen, sich mutig mit belasteten Kapitel der eigenen Geschichte auseinandersetzt.

Aktionistische Interventionen, wie etwa die Kontextualisierung des Karl-Lueger-Denkmals durch den Schriftzug ‘Schande’, erkennen wir in diesem Zusammenhang als zivilgesellschaftliche Protestform an. Einen Ruf nach Strafverschärfung lehnen wir daher ab.

Ungeachtet davon, zeigt die Notwendigkeit solcher Protestformen, dass es der Zivilgesellschaft an qualitätsvollen Diskussionsräumen fehlt, in denen, unter Anleitung von Expert:innen, die Auseinandersetzung mit öffentlichen Ehrungen von belasteten historischen Personen passieren kann. Diese Diskussionsräume müssen dabei möglichst nahe an den Bürger:innen stattfinden und es ist die Aufgabe der Politik, sie bereitzustellen.

Grundlage dieser Diskussionen müssen aus unserer Sicht wissenschaftliche Erkenntnisse bilden. Denn nur auf einem Fundament aus Fakten können politische Entscheidungen getroffen werden, die auch nachhaltig sind.

Die Entscheidung wiederum, wie mit öffentlichen Ehrungen belasteter Persönlichkeiten umgegangen wird, ist und bleibt eine politische Verantwortung und kann nicht auf die Wissenschaft abgeschoben werden. Sie steht für uns am Ende eines öffentlichen Diskurses, unter Beteiligung von Bürger:innen.

Es ist Zeit den nächsten Schritt hin zu einer modernen Erinnerungskultur zu machen und wir JUNOS - Junge Liberale NEOS fordern daher:

Kurator:innen für den öffentlichen Raum!

Nahezu jedes Museum verfügt über Kurator:innen, die den nötigen Kontext für ein besseres Verständnis von Artefakten herstellen. Sie schaffen damit die nötige geschichtswissenschaftliche Grundlage, um diese Objekte besser zu verstehen und ein vollständigeres Bild von ihnen zu bekommen. Im öffentlichen Raum hingegen fehlt diese Funktion: Denkmäler stehen ohne Kontext in der

Öffentlichkeit und zementieren einseitige Geschichtsbilder ein. Wir fordern daher **Kurator:innen für den öffentlichen Raum** in Wien, **angesiedelt im Wien Museum**. Sie sollen, zusammen mit den Gebietsbetreuungen, die schon jetzt Expertise für Beteiligungsformate zur Verfügung stellen, die Grundlage für öffentliche Verhandlungen belasteter historischer Personen schaffen.

Auch bei Neuvorstellungen von Denkmälern oder Neu- bzw. Umbenennungen öffentlicher Flächen soll dieser Prozess einer politischen Entscheidung vorausgehen. Nur so lässt sich Geschichte als Prozess begreifen und eine moderne Erinnerungskultur erfahren.

Mutige Politik, statt voller Depots!

Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS stehen für mutige Politik - auch im Umgang mit Denkmälern und Benennungen öffentlicher Flächen.

Die **ausschließliche Anbringung von Zusatztafeln**, als mut- und ideenlosen Minimalkompromiss einer Kontextualisierung **lehnen wir entschlossen ab**. Solche Informationstafeln sind nicht in der Lage, ein breites geschichtliches Verständnis abzubilden und leisten keinen Beitrag zu einer kritischen Auseinandersetzung. Im schlechtesten Fall, schreiben sie wieder ein einseitiges Geschichtsbild fest.

Auch die **Aufstellung von Statuen belasteter historischer Personen in Museen lehnen wir im Regelfall ab**. Das Verräumen der Statuen ist zu oft ein politisches Mittel, um der Auseinandersetzung mit problematischen Denkmälern auszuweichen. Volle Depots tragen genauso wenig zu einer kritischen Auseinandersetzung bei und leiten die politische Verantwortung über den Umgang mit solchen Denkmälern auf die Museen ab. Diese Praxis lehnen wir ab.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass es sinnvolle Ausnahmen dieser Regel geben kann, wie der Umgang mit der Statue des Sklavenhändlers Edward Colston deutlich macht. Sie wurde mitsamt Graffiti und jenen Seilen, die man zum Sturz der Statue nutzte, sowie einer Sammlung von über 500 Plakaten als Beispiel einer sich ändernden Geschichtsauffassung in einem Museum in Bristol aufgestellt.[4]

Bürokratie aus dem Weg räumen!

Bürokratie darf kein Hindernis auf dem Weg zu einer modernen Erinnerungskultur sein! Der Verwaltungsaufwand, der beispielsweise Anrainer:innen durch eine Umbenennung entsteht, muss daher so gering wie möglich gehalten werden. Im Zuge der öffentlichen Foren soll es daher **ein Angebot einer persönlichen Beratung**

für Anrainer:innen geben. **Unmittelbare Kosten**, die Bürger:innen aus so einer Umbenennung entstehen, müssen **von der öffentlichen Hand übernommen** werden.

Erinnerungskultur als Chance verstehen!

Das neue Interesse am Umgang mit öffentlichen Ehrungen belasteter historischer Personen ist vor allem eine Chance hin zu einer modernen Erinnerungskultur, die offen auf einem Fundament aus Fakten debattiert wird und an der möglichst viele Menschen beteiligt werden. Sie wird einer liberalen, demokratischen Öffentlichkeit gerecht und schützt Geschichte vor denjenigen, die sie nur politisch instrumentalisieren wollen. Es eröffnet sich für uns als Gesellschaft dadurch die Chance, Geschichte als spannendes und komplexes Phänomen zu begreifen.

[1] https://www.wien.gv.at/kultur/strassennamen/strassennamenpruefung.html

[2] https://kurier.at/chronik/wien/lueger-in-schieflage-denkmal-wird-um-35-grad-gekippt/402469196

[3] https://kurier.at/chronik/wien/leopold-kunschak-platz-hernals-oevp-gedenktafel-antisemit/402458325

[4] https://exhibitions.bristolmuseums.org.uk/the-colston-statue/

ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Benedikt Flasch*

Tagesordnungspunkt: *0.16.2. weitere Anträge*

A4: Vergabeverfahren für Veranstaltungen statt intransparenter Förderung

Antragstext

Die Jungen liberalen NEOS – JUNOS in Wien halten fest, dass Aufgabe von staatlich unterstützen Veranstaltungen die Förderung definierter/bestimmter gesellschaftlicher Themen oder Angelegenheiten ist. Dies kann zum Beispiel der Kampf gegen Homophobie, die Belebung bestimmter Stadtviertel oder der Erhalt gewisser Kultur sein. Keinesfalls dürfen durch die im öffentlichen Interesse liegende Veranstaltungen Parteien, (parteinahe) Vereine, einzelne Personen, einzelne Unternehmen oder sonstige Organisationen aktiv gefördert werden. Dies obliegt jeweils eigenen Kriterien wie beispielsweise der Vereinsförderung, der Wirtschaftshilfe bzw. Besteuerung oder der Familienbeihilfe und hat nach eigenen, für Veranstaltungen nicht relevanten Kriterien, zu erfolgen.

Darüber hinaus sind die JUNOS Wien der Meinung, dass durch öffentliche Stellen organisierte Veranstaltungen zwangsläufig Ineffizienzen und Innovationslosigkeit produzieren. Die Organisation von durch öffentliche Gelder unterstützter Veranstaltungen sollte von den dafür am geeignetsten Personen erfolgen. Persönliche Befindlichkeiten haben bei der Auswahl und Unterstützung außen vor zu bleiben.

Die Stadt Wien ist an hunderten Unternehmen direkt und indirekt beteiligt, hat keinen Überblick über die genauen Beteiligungen und die daraus resultierenden Machtverhältnisse und Einflussmöglichkeiten einzelner Personen. Eine transparente, effiziente und rein im Interesse der Sache liegende Unterstützung von gesellschaftlichen Themen durch eine Veranstaltung kann dadurch kaum bis gar nicht gewährleistet werden.

Deshalb fordern wir:

- Die transparente Vergabe von Großveranstaltungen an den Bestbieter, statt

ihrer Förderung durch öffentliche Gelder.

- Veranstaltungen, die mit einem über dem Unterschwellenbereich von Dienstleistungen liegenden Betrag (gem. § 12 Abs 1 Z 3 BVergG 2018 derzeit 221.000 €) gefördert werden sollen, werden auf Basis des Bundesvergabegesetzes ausgeschrieben.

- Veranstaltungen, die oben genannten Betrag überschreiten, werden daher nicht mehr gefördert. Ist eine erwünschte Veranstaltung unrentabel, wird sie an jenen Privaten vergeben, welcher in der Lage ist, die vorher definierten Kriterien der Veranstaltungsdurchführung mit den geringsten Zuschüssen zu erbringen.

- Die Förderung von Veranstaltungen, bei denen der Umsatz im Unterschwellenbereich liegt, werden in einem transparenten und objektiven Verfahren, welches sich an im Vorhinein festgesetzten Ausschüttungskriterien orientiert, ausgeschüttet.

Im Vergabeverfahren können sich, im Gegensatz zu einem Bescheid über eine Förderung einer Veranstaltung, auch Personen, die nicht zum Zug gekommen sind, präventiv vor abschließender Vergabe beschweren. Die führt zu einem (bereits in anderen Bereichen gut funktionierenden) Anreiz für Unternehmen, Vergaben, die nicht auf objektiven Kriterien basieren, anzufechten und somit zu verhindern.

Wie in anderen Bereichen ersichtlich, führen die existierenden hohen Strafen für Behörden, welche bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Regelungen über die Behörde verhängt werden, zu einem Trend zur sachlichen und objektiven Vergabe, die persönliche Verhältnisse außen vorlässt.

ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Maximilian Oberhammer*

Tagesordnungspunkt: *0.16.2. weitere Anträge*

A5: Sexarbeit: Freiheit statt Stigmatisierung

Antragstext

Wir JUNOS Wien sind gegen ein Verbot von Sexarbeit und lehnen das Nordischen Modell ab, welches in unseren Augen versagt hat. Das vermeintliche Motiv, Menschenhandel durch ein Sexkaufverbot zu verhindern, wird durch das Nordische Modell nicht erreicht, im Gegenteil: es werden dadurch kriminelle Organisationen gestärkt, Sexarbeit und die praktizierenden Personen stigmatisiert.

Wir als JUNOS Wien, die für eine offene und freie Gesellschaft eintreten, **sind auch für die Entstigmatisierung von Sexarbeit**, um auch den in der Sexarbeit tätigen Menschen und deren Umfeld eine ganzheitliche und unbeschränkte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Unsere Forderungen für Wien:

Abschaffung der polizeilichen Meldung

Da eine Meldung beim Gesundheitsamt des Landes ohnehin bei der Ausübung von Sexarbeit notwendig ist, halten wir die weitere Meldung bei der Polizei für nicht notwendig. **JUNOS Wien fordert deshalb die Abschaffung der polizeilichen Meldung**.

Abhängigkeitsverhältnisse reduzieren

Wir JUNOS Wien setzen uns für die Reduktion von Abhängigkeitsverhältnissen in der Sexarbeit ein. Laufhaus- und Studiobetreiber:innen sollen nicht in der Lage sein, über die von den Sexarbeitenden angebotenen Sexdienstleistungen und deren Preise zu bestimmen. Weiters sprechen wir uns gegen ein Angestelltenverhältnis in der Sexarbeit aus, da die sexuelle Selbstbestimmung der Sexarbeitenden durch derartige Weisungsgebundenheiten beschränkt wird.

Strenge steuerrechtliche Kontrollen von Prostitutionslokalen

Die steuerrechtliche Situation in Prostitutionslokalen in Wien ist momentan erschreckend. Sexarbeitende haben Probleme, überhaupt Studios und Laufhäuser zu finden, die ihnen Rechnungen für die Zimmermiete ausstellen. Durch die Steuerhinterziehung der Laufhaus- und Studiobetreiber:innen werden die Sexarbeitenden in eine Abwärtsspirale gedrängt, weil sie die hohen Zimmermieten von ca. 500€ pro Woche ohne Rechnung nicht steuerlich absetzen können und dadurch selbst motiviert werden, teilweise ohne Rechnung zu arbeiten. **Wir JUNOS Wien fordern eine flächendeckende strenge steuerrechtliche Prüfung aller Prostitutionslokale in Wien.**

Verbesserung der Pflichtuntersuchung

Derzeit sind Sexdienstleister:innen verpflichtet regelmäßig Untersuchungen vorzunehmen, die jedoch mangelhaft sind und bei denen folgende Änderungen notwendig sind:

- genaue Aufklärung darüber, auf welche Krankheiten getestet wird
- Testergebnisse online einsehbar machen
- Diagnose und Behandlung direkt bei der Untersuchung
- Möglichkeit einführen, wie bei der Hausärztin Rezepte direkt auf die e-card gebucht zu bekommen
- Barzahlung ermöglichen
- einen freiwilligen Rachenabstrich ohne Aufpreis ermöglichen

Wir JUNOS Wien fordern die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Sexarbeiter:innen.

Digitalisierung der Grünen Karte

Derzeit müssen Sexarbeiter:innen eine ca. A5 große Grüne Karte mit sich führen. Dies ist nicht nur äußert unpraktikabel, sondern schon längst nicht mehr zeitgemäß. Daher **fordern wir JUNOS Wien die Digitalisierung der Grünen Karte und der Zurverfügungstellung in digitaler Form und oder als Scheckkarte**.

Umbenennung des Prostitutionsgesetzes auf Sexualdienstleistungsgesetz

Der Begriff Sexualdienstleistung deckt mehr sexuelle Tätigkeiten als der Begriff Prostitution ab. **JUNOS Wien fordert daher die Umbenennung des Prostitutionsgesetzes auf Sexualdienstleistungsgesetz.**

Straßenprostitution

Die Sicherheit der arbeitenden Personen als auch die hygienischen und infrastrukturellen Bedingungen sind am Straßenstrich in Wien momentan gering. Unabhängige Sexarbeitende beobachten teilweise, wie andere Frauen Opfer von Zuhälterei werden. Solange Straßenprostitution in einem größeren Umfang wie etwa an der Brunner Straße stattfindet, **fordern wir JUNOS Wien als zwischenzeitliche Maßnahme jedenfalls ein Mindestmaß von Infrastruktur**, wie Toiletten, Mistkübel und Waschmöglichkeiten, **um eine bessere Hygiene zu gewährleisten**.